

Stellungnahme von ARD-aktuell zur der E-Mail von  
Herrn Volker Bräutigam und Herrn Friedhelm Klinkhammer  
vom 29.05.2016 zur Entscheidung von ARD-aktuell gegen eine Berichterstattung  
über das von der Ukraine verhängte Einreiseverbot gegen Michail Gorbatschow

In ihrer E-Mail vom 29.05.2016 kritisieren die Beschwerdeführer, dass sich ARD-aktuell gegen eine Berichterstattung über das von der Ukraine verhängte Einreiseverbot gegen Michail Gorbatschow entschieden hat. Sie werfen ARD-aktuell in diesem Zusammenhang vor, „Negativberichte über das geschrottete Regime der Ukraine“ zu unterschlagen, die „Desinformation des Publikums“ zu intensivieren und sich „in den Dienst der anti-demokratischen Kräfte in der Ukraine“ zu stellen. Zudem unterstellen sie dem Ersten Chefredakteur von ARD-aktuell ein manipulatives Journalismus-Verständnis.



Die erhobenen Vorwürfe weist ARD-aktuell zurück.

Strafmaßnahmen und Sanktionen der ukrainischen sowie der russischen Seite und der EU sind Teil der politischen Auseinandersetzung um die Krim und die Ostukraine. Über die verschiedenen Sanktionen, zu denen auch Einreiseverbote gehören, hat ARD-aktuell wiederholt berichtet. (u.a. Berichterstattung am 17. 09.2015 in der 20-Uhr-Ausgabe der Tagesschau:

<http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-10199.html>

und auf tagesschau.de:

<http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-sanktionen-101.html>).

Bereits bis zum September 2015 hatte die Ukraine nach eigenen Angaben Einreiseverbote gegen mehr als 1700 Personen ausgesprochen, darunter vorrangig russische Staatsbürger und eine Reihe aktiver Politiker.

Die - wie beschrieben - bereits sehr lange Liste der Personen, für die ein Einreiseverbot gilt, wurde durch die Entscheidung im Fall Michail Gorbatschow um einen Namen verlängert. Vor diesem Hintergrund stellt sich im Rahmen der journalistischen Beurteilung der Nachricht wie bei allen anderen Ereignissen die Frage der Relevanz für die Berichterstattung. Die Herren Bräutigam und Klinkhammer bezeichnen das „Einreiseverbot für den Friedensnobelpreisträger Gorbatschow“ als „Exzess gegen den Ex-Präsidenten der UdSSR“. Dies erweckt den Eindruck, als sei das verhängte Einreiseverbot eine ganz außergewöhnliche Strafmaßnahme der Ukraine. Es handelt sich aber keinesfalls um einen Einzelfall, sondern um die Fortsetzung einer Sanktionspolitik, über deren verschiedene Facetten und Folgen ARD-aktuell bereits wiederholt berichtet hat. Da es aber weder eine in ihrer Art neue Strafmaßnahme noch ein Einzelfall war, könnten nur besondere Hintergründe des Falls oder die Person selbst eine Berichterstattung rechtfertigen.

Als Hintergrund der Entscheidung verweisen die Herren Bräutigam und Klinkhammer auf die Interview-Aussagen Gorbatschows. Er unterstützt darin die Vorgehensweise des aktuellen Präsidenten Putin in der Krim-Politik mit Hinweis auf die Mehrheitsmeinung der Bewohner der Krim. Dass ein erheblicher Teil der russischen Bevölkerung den Anschluss der Krim an Russland unterstützt, ist wiederholt thematisiert worden und macht somit auch im Fall Gorbatschow eine Berichterstattung keineswegs zwingend erforderlich. Somit bleiben als letzte Kriterien für die Frage der Berichterstattung noch die Person selbst und mögliche Folgen der Entscheidung. Natürlich besitzt Herr Gorbatschow aufgrund seiner früheren politischen Funktionen und seiner historischen Rolle beim Ende der Sowjetunion und des Ost-West-Konflikts eine Prominenz als Person der Zeitgeschichte.

Allerdings ist er kein Amts- oder Funktionsträger mehr, sondern eine Privatperson im Ruhestand. Dies muss bei der Beurteilung der Relevanz der ukrainischen Entscheidung ebenso berücksichtigt werden wie deren faktische Folgen. Gorbatschow selbst erklärte nach Bekanntwerden des Einreiseverbots gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti: „Ich reise nicht dahin und ich werde nicht dahin reisen.“ Die Strafmaßnahme der Ukraine hat also keinerlei Konsequenz, sondern rein symbolische Bedeutung.

In der Summe der dargelegten Überlegungen entschied sich ARD-aktuell gegen eine Berichterstattung über das gegen Michail Gorbatschow verhängte Einreiseverbot. Entgegen den Anschuldigungen der Beschwerdeführer handelte es sich dabei allerdings weder um eine Unterschlagung von Negativberichten oder eine Desinformation des Publikums, sondern lediglich um das Ergebnis einer sorgfältigen und gut begründeten journalistischen Abwägung der Nachrichtenrelevanz eines Themas.



Zweifellos hätte man im Hinblick auf den Prominentenstatus von Michail Gorbatschow auch anders entscheiden können. Aber allein der Gesprächswert dieses Themas reichte nach unserer Einschätzung nicht für eine Berücksichtigung in der Tagesschau aus.

Christian Nitsche  
09.06.2016